

**Norbert Häring**

## **Der Wahrheitskomplex**

Wie NGOs im Staatsauftrag unerwünschte Meinungen bekämpfen

### **Unkorrigierte Leseprobe**

Softcover, ca. 300 Seiten, 13,5 x 21,5 cm

EUR 25,00, EAN 978-3-98791-352-5

**Erscheinungstermin 04. Mai 2026**

#### **Verleumdung im Dienst der Wahrheit**

Vermeintlich unabhängige Nichtregierungsorganisationen überwachen in Echtzeit alles, was online geschrieben, gesagt oder veröffentlicht wird. Das Ziel: Die Verbreitung von Desinformation verhindern und opportune Wahrheiten vervielfältigen. Dabei schrecken sie auch vor Verleumdungskampagnen und der sozialen Vernichtung kritischer Stimmen nicht zurück. Erstmals legt Norbert Häring den "Wahrheitskomplex" in seinem ganzen Ausmaß offen: als ein größtenteils staatlich finanziertes, zentral gesteuertes und digital hochgerüstetes Netzwerk, das das tut, was der demokratische Staat selbst nicht darf: Zensur, Propaganda, Diffamierung und politische Einflussnahme. Dabei brauchen wir statt Stummschaltung des konkurrierenden Lagers vor allem eines: eine politische Auseinandersetzung mit offenem Visier.

Spiegel-Bestseller-Autor  
Wie unabhängig sind NGOs?  
Große Medienkampagne

**Norbert Häring** ist promovierter Ökonom und Wirtschaftsjournalist. Er betreibt den Weblog "Geld und mehr" mit Nachrichten und Analysen u. a. zu Geldsystem und Bargeld, Digitalzwang und Medien.

### **Unkorrigierte Textproben zum Wahrheitskomplex**

Im folgenden als Textproben einige meiner Blog-Artikel zum Themenbereich des Buches.

Facebook und Google als Inkarnationen des LifeLog-Programms des Pentagon.....	2
Das Pentagon sucht Unternehmen, die ihm helfen, die Bevölkerungskontrolle zu perfektionieren .....	3
ARD-faktenfinder und Medienanstalten kommen SPD in Sachen Lügenverbot zu Hilfe – mit jeder Menge Falschaussagen .....	6
Wie sich DPA, APA und AFP von den Regierenden für die Gleichrichtung der Medien bezahlen lassen.....	11
GADMO.....	11
Plattformaufsicht für die EU.....	13
Medienaufsichtsbehörden als GADMO-Aufseher.....	13
Das US-Militär als Aufseher.....	14
Belohnung inklusive.....	16
Ein Netz über ganz Europa.....	17
Faktenchecker an einer Leine aus den USA .....	17
Der Mechanismus der Gleichrichtung .....	18
Fazit .....	20
Man soll die dpa nicht regierungsfinanziert nennen und ihre Faktenchecker nicht Zensoren .....	21
Öffentlich finanzierte Bibliothekare drängen Lesern mit einem Index der gefährlichen Bücher ihre Weltsicht auf .....	24
Aus für Faktenchecker? Deutscher Oberzensor weist Zuckerberg auf seine Zensurverpflichtung hin.....	29

# Facebook und Google als Inkarnationen des LifeLog-Programms des Pentagon

10. 02. 2019 | Es gibt Dinge, die sind so krass, dass man sie sich nicht ausdenken kann. Dazu gehört, dass es bis vor 15 Jahren ein öffentlich bekanntes Programm des US-Militärs namens LifeLog gab, das genau die Totalaufzeichnung und Speicherung all unseres Tuns anstrebte, die durch Google, Facebook und andere US-Konzerne inzwischen wie nach Blaupause umgesetzt wurde.

Im Mai 2003 berichteten amerikanische Medien und auch „[Die Zeit](#)“ über ein Ausschreibung der beim US-Verteidigungsministerium (Pentagon) angesiedelten Forschungsbehörde Defense Advanced Projects Research Agency (Darpa). Es ging um ein Projekt namens LifeLog, das in der Ausschreibung laut Zeit so beschrieben wurde:

„Das Ziel: ein digitales Protokoll vom Leben eines Menschen zu erstellen, das nicht nur Dokumente wie Fotos, E-Mails und Bücher enthält, sondern per GPS-Sensor auch eine lückenlose Aufzeichnung des Aufenthaltsorts.“

Die Ausschreibung mit der Nummer BAA 03-30 war eine Aufforderung an Wissenschaftler aus dem ganzen Land, Forschungsvorhaben zur Förderung einzureichen. Darin wurde LifeLog beschrieben als „ein ontologiebasiertes (Sub-)System, das den Erfahrungsfluss einer Person und seine Interaktion mit der Welt erfasst, speichert und zugänglich macht“.

Damit das funktioniert, müssten die Nutzer zu Cyborgs werden: Sensoren aller Art müssten aufzeichnen, was sie sehen, hören und fühlen. Per Satellitenortung würden räumliche Daten erfasst, biomedizinische Sensoren überwachten den körperlichen Zustand. Außerdem, so die Ausschreibung, solle das System die gesamte Kommunikation aufzeichnen.

Es ist beeindruckend, wie umfassend die Militärbehörde Darpa schon vor 16 Jahren das als Ziel beschrieben haben, was heute dank Facebook, Google, Smartphones, Paypal, Alexa, Echo, Fitbits und verpflichtendem Internetanschluss für Autos bereits sehr weitgehend umgesetzt ist. Nur die noch etwas hakende elektronische Gesundheitskarte mit Datenspeicherung in der Cloud, also auf für die US-Dienste ohne weiteres zugänglichen Servern von Amazon, Microsoft und Co, fehlt noch, aber nicht mehr lange.

Umso überraschender, dass man vor fast genau 15 Jahren, [im Februar 2004 lesen durfte](#), dass das Pentagon das LifeLog-Programm eingestellt habe. „Forscher, die dem Projekt nahestanden“ konnten es sich „Wired“ zufolge nicht richtig erklären. Die offizielle Erklärung hieß nur „geänderte Prioritäten“.

Aus PR-Gründen ist das durchaus nachvollziehbar, denn das totalitäre Potential dieses damals noch bizarr anmutenden Programms wurde von den amerikanischen Medien nicht übersehen und scharf kritisiert. Aber wie kommt es, dass es trotz der angeblichen Einstellung des Programms genau so kam, wie der Pentagon sich das ausgemalt hatte? Ist es Zufall, dass die US-Konzerne mit zumeist engen Verbindungen zum US-Militär und den US-Geheimdiensten, dieses umfassende Überwachungssystem fast genau wie nach Darpa-Blaupause entwickelten und dass sie dabei jahrzehntelang so ziemlich jede Datenschutzregel in Europa und den USA ignorieren konnten?

Vielleicht ist es ja ebenso Zufall, wie dass die Meldung über die angebliche Aufgabe des LifeLog-Projekts am 4. Februar 2003 erschien. Das war der Tag an dem Mark Zuckerberg das soziale Netzwerk und die Firma „thefacebook“ gründete. Und dass die Facebook-Vorstandsmitglieder und Investoren [Peter Thiel \(Palantir\) und James Beyer engste Kontakte](#) zum Militär, zu Dapra und zum Wagniskapitalfonds der CIA, in-Q-Tel hatten, kann auch Zufall sein.

**Nachtrag** (13.2.): Zur Rolle von Militär und Geheimdiensten bei der Entstehung von Google lesen Sie: [How the CIA made Google](#). (Der Text ist sehr lang, Sie könnten runterscrollen bis „Google: seeded by the Pentagon“) und den zweiten Teil [Why Google made the NSA](#), beide von Naffez Ahmed.

## **Das Pentagon sucht Unternehmen, die ihm helfen, die Bevölkerungskontrolle zu perfektionieren**

[24. 04. 2025 | Die Behörde des US-Verteidigungsministeriums für Forschungsförderung beklagt in einer aktuellen Ausschreibung, dass das Verhalten der Bevölkerung trotz Auswertung riesiger Datenmassen noch nicht völlig vorhersehbar ist. Private Unternehmen sollen helfen.](#)

**DARPA**, die *Defense Advanced Research Projects Agency* (Behörde für Spitzenforschungsprojekte der Verteidigung), ist die Abteilung des Pentagon, die spitzentechnologische Projekte der privaten Wirtschaft fördert, die für das Militär von Interesse sind — mit einem jährlichen Etat von mehreren Milliarden Dollar.

**Eine aktuelle Einladung** an Unternehmen, sich um DARPA-Förderung zu bewerben, hat es in sich. Der schöne Titel MAGICS steht für „Methodological Advancements for Generalizable Insights into Complex Systems“, auf deutsch etwa: Methodologische Fortschritte in Richtung verallgemeinerungsfähiger Einsichten in komplexe Systeme. Die am 8. April veröffentlichte [Ausschreibung](#) DARPA-EA-25-02-05 wird (wohl etwas dauerhafter) in Kurzform im Magazin *Military-Aerospace Electronics* [beschrieben](#).

**Die gute Nachricht** für uns liegt in der einleitenden Feststellung der DARPA, dass sich die „Annahme und Hoffnung“ bisher nicht erfüllt hat, „dass die explosionsartige Zunahme digitaler Datenströme (z. B. soziale Medien, Kaufverhalten, Verkehrsdynamik usw.) in Verbindung mit leistungsfähigen Werkzeugen des Maschinenlernens es ermöglichen werde, das Verhalten einer Bevölkerung verlässlich vorherzusagen. Das Problem für die Militärs liegt darin, dass es sich bei menschlichen Gesellschaften um komplexe, dynamische, sich entwickelnde Systeme“ handelt.

**Die schlechte Nachricht** besteht darin, dass das Pentagon entschlossen ist, dieses Problem zu lösen. Das US-Militär strebt ausweislich dieser Ausschreibung die vollständige Vorhersagbarkeit und damit Steuerbarkeit der Bevölkerung der USA und wohl auch anderer Länder an.

**Übersetzt in verständliche Sprache** besteht das Hindernis darin, dass es sich bei Gesellschaften (noch) nicht um soziale Maschinen handelt, in denen das gegenseitige aufeinander Einwirken und Zusammenwirken der Teile so reglementiert ist, dass das Ergebnis vorhersehbar ist. Stattdessen handelt es sich um organische Systeme, die sich auf prinzipiell unvorhersehbare Weise entwickeln, weil die Individuen so viele Handlungsweisen zur freien Verfügung haben, dass ihr Zusammenwirken selbst mit den leistungsfähigsten Computern und größten Datenmengen nicht auszurechnen ist.

**Eine problematische Handlungsmöglichkeit** der Individuen liegt darin, mit ihrem Handeln darauf zu reagieren, was diejenigen, die ihr Verhalten messen und prognostizieren wollen, anstellen. Ein anderes Problem entsteht daraus, dass die Menschen ihr Denken und Verhalten ändern können. Zusammenfassend beschreibt DARPA die Forschungsfrage so:

„Gibt es neue Methoden und Paradigmen für die Modellierung kollektiven menschlichen Verhaltens, die in der Lage sind, die Grenzen statistischer Ansätze zu überwinden, um komplexe soziale Phänomene genau vorherzusagen und die Dynamik sich entwickelnder, offener, zeitlich variierender, rekursiver, reaktiver, nicht-ergodischer Systeme zu erfassen?“

**Das Militär möchte**, dass die Forscher einen sehr umfassenden Ansatz verfolgen. Sie sollen theoretische und empirische Ansätze verfolgen und dabei Disziplinen wie Psychometrie, Verhaltenswissenschaft, Datenwissenschaften und Maschinenlernen integrieren. Das soll das Militär in die Lage versetzen, menschliches Verhalten mit größerer Genauigkeit und in feinerer Abstufung vorherzusagen.

**Die Frustration der Militärs** darüber, dass sie trotz aller Überwachungsmaßnahmen der NSA und der riesigen Datenmengen, die bei den IT-Konzernen auflaufen und ihnen zur Verfügung stehen, noch weit entfernt davon sind, die Bevölkerung kontrollieren zu können, ist ebenso verständlich wie verräterisch. Sie ist verräterisch, weil sie offenbart, was das totalitär anmutende Ziel der Militärs ist. Es geht ihm nicht darum, als Diener der Bevölkerung deren von dieser selbst definiertes kollektives Interesse zu wahren, und sie davor zu beschützen, von organisierter Gewalt unterjocht zu werden. Stattdessen arbeitet es an dem Technokratentraum, alle Teile der Bevölkerung so in eine soziale Maschine einzupassen, dass ihr Denken, Fühlen und vor allem Handeln sich in den engen Bahnen bewegt, die für das reibungslose Funktionieren der Maschine verträglich sind.

**Verständlich ist die Frustration**, weil trotz der intensiven Maßnahmen zur Informationskontrolle und Verhaltensmanipulation, trotz der Tatsache, dass das Individuum weitgehend gläsern geworden ist, die Gesellschaft insgesamt erratische, nicht vorhersagbare und kontrollierbare Volten vollführt – indem sie etwa Donald Trump nach einer Pause ein zweites Mal zum Präsidenten wählt. Waren gestern noch Schulstreiks und Straßenblockaden für das Klima en vogue und schien die nach Mann und Frau getrennte Toilette vom baldigen Aussterben bedroht, feiert morgen schon transfeindliche Repression fröhliche Urständ und „Klimaschützer“ wird zum Schimpfwort. Eine Militärmacht, die sich als für den ganzen Globus zuständig betrachtet, hat es mit sehr vielen Bevölkerungen zu tun, die immer wieder mit unvorhersehbaren Gegenreaktionen auf Versuche der Verhaltens- und Gefühlslenkung reagieren.

**Schön wäre es**, wenn die Militärs und die Technokraten im Silicon Valley und in den Hauptstädten von selbst einsähen, dass es der Natur des Menschen widerspricht, als im Detail gelenktes Teil einer Maschinerie bloß zu funktionieren. Über diese Unvereinbarkeit helfen den Menschen irgendwann auch noch so viel Bequemlichkeit und noch so viele mehr oder weniger nützliche Dinge nicht hinweg, die die Maschine ihnen bietet. Solange die Menschen noch Menschen sind, werden sie dagegen aufbegehren.

**Leider ist es** aber alles andere als gewährleistet, dass aus einem erfolgreichen Aufbegehren eine Verbesserung folgt. Noch regiert der Glaube an die Effizienz zentraler Steuerung auf sehr hoher Ebene. Die Kosten, die das in Form stark eingeschränkter autonomer Handlungsmöglichkeiten von Individuen und überschaubaren Gruppen notwendigerweise mit sich bringt, werden entweder nicht gesehen, oder den Fehlleistungen oder bösen Intentionen bestimmter Regierender zugeschrieben. Dasselbe gilt für die Konflikte und die Polarisierung, die es unvermeidlich mit sich bringt, wenn sich viele Millionen sehr unterschiedliche Menschen auf einheitliche Ziele und Maßnahmen einigen müssen. Solange der Glaube an die Effizienz zentraler Steuerung vorherrscht, besteht immer die große Gefahr, dass die gegen die Elite Revoltierenden sich hinter einem starken Mann versammeln, der ihnen explizit verspricht, die verhasste Maschine zu zerschlagen, in der Hoffnung, dass er dafür eine bessere errichten werde.

**Wenn wir als Gesellschaft** etwas ändern, aber diese Falle vermeiden wollen, dürfen wir uns nicht darauf konzentrieren, irgendwo an der Spitze einen Machtwechsel herbeizuführen. Wir sollten mindestens ebenso viel Energie darauf verwenden, unseren Kommunen und unseren selbstgewählten Gemeinschaften mehr Autonomie zu verschaffen und uns selbst mehr Mitwirkungsmöglichkeiten durch direkte Demokratie. Regionale und institutionelle Unterschiede, die auf unterschiedlichen Präferenzen beruhen, dürfen wir nicht länger als Problem begreifen, sondern als Bereicherung. Die Schweiz kann dabei als Vorbild dienen. Nicht von ungefähr ist die politische Polarisierung dort viel weniger ausgeprägt als in Deutschland, Österreich und den meisten anderen europäischen Ländern.

**Die zunehmende Entmachtung** der Nationalstaaten durch internationale Großkonzerne im Verbund mit technokratisch-globalistischen Organisationen wird zwar inzwischen weit hin sehr kritisch gesehen. Die Rückbesinnung auf den Nationalstaat sollte aber nicht mehr als ein Zwischenschritt zu einer noch stärkeren Dezentralisierung der Macht sein. Denn in großen, zentralistisch regierten Nationalstaaten herrscht wegen der Bürgerferne fast notwendig die Technokratie. Im durch Kofinanzierung und zentrale Vorgaben entkernten Föderalismus wie in Deutschland ist das nicht anders. Historisch ist die nationalstaatliche Regierungsform vor allem durch unbändiges Streben der Regierenden aufgefallen, ihre Macht nach außen und nach innen zu erweitern, nicht zuletzt durch das Militär.

**Wenn wir dem Pentagon** und den von dort geführten Militärs der NATO zuvorkommen und ihnen die Suppe versalzen wollen, ist daher das beste Rezept, die hoheitliche Macht zu dezentralisieren und wieder unter die Kontrolle der Bürger zu bringen.

## **ARD-faktenfinder und Medienanstalten kommen SPD in Sachen Lügenverbot zu Hilfe – mit jeder Menge Falschaussagen**

[Nachtrag 26.4. | 20. 04. 2025 | Der laufende Mitgliederentscheid der SPD über den Koalitionsvertrag mit der Union spornt die staatstragenden Wahrheitskontrolleure der Nachrichtenagenturen und der ARD zu Höchstleistungen an. Erst gibt dpa vor zu belegen, dass der Koalitionsvertrag das Bargeld nicht angreift, nun tut der ARD faktenfinder so, als gäbe es darin keinen Angriff auf die Meinungsfreiheit. Dafür darf die oberste Medienaufseherin ungeprüft Fake News verbreiten.](#)

**Man kann es kaum** anders als kackfrech bezeichnen: Die von staatlich verordneten Zwangsgebühren abhängigen, stets im Sinne der Regierenden urteilenden Wahrheitskontrolleure der ARD maßen sich an, objektiv darüber zu befinden, ob die Passagen zur Wahrheitskontrolle im Koalitionsvertrag die Meinungsfreiheit gefährden. Wer den *ARD faktenfinder* kennt, muss das [Stück](#) nicht lesen, um die Antwort zu kennen: Nein.

**Im Koalitionsvertrag** heißt es (ich habe die widersprüchlichen, unpassenden und unzureichend definierten Begriffe gefettet):

„Die **bewusste** Verbreitung **falscher Tatsachenbehauptungen** ist durch die Meinungsfreiheit **nicht gedeckt**. **Deshalb** muss die **staatsferne** Medienaufsicht unter **Wahrung der Meinungsfreiheit** auf der Basis **klarer gesetzlicher Vorgaben** gegen Informationsmanipulation sowie **Hass** und **Hetze** vorgehen können. (...) **Gezielte Einflussnahme auf Wahlen** sowie inzwischen alltägliche **Desinformation** und **Fake News** sind ernste Bedrohungen für unsere Demokratie, ihre **Institutionen** und den **gesellschaftlichen Zusammenhalt**.“

**Dass erwiesen falsche Tatsachenbehauptungen** von der Meinungsfreiheit nicht **gedeckt sind**, heißt nicht, dass sie verboten sind. Das anschließende „**deshalb**“ täuscht damit eine Folgerichtigkeit vor, die nicht gegeben ist. Wer soll entscheiden, ob jemand **bewusst** lügt oder von dem, was er sagt, überzeugt ist? Dafür, ob eine Tatsachenbehauptung verboten ist, kommt es nicht darauf an, ob sie fahrlässig oder absichtlich getätigt wird, sondern nur darauf, ob Persönlichkeitsrechte verletzt werden, oder jemand durch Irreführung übervorteilt werden soll. Bisher ist eine falsche Behauptung, die niemanden schädigt, erlaubt.

Was **Tatsachenbehauptung** und was Meinung ist, lässt sich oft nicht klar trennen. Der Anwalt Ralf Höcker nennt in seinem kritischen [Beitrag](#) in der *Berliner Zeitung* das Beispiel, dass ein Restaurantbewerter schreibt: „Das Essen war zu kalt, der Wein zu warm.“ Wer soll außerdem entscheiden, ob eine Behauptung wahr oder **falsch** ist, ob sie **Desinformation** oder **Fake News** ist? Ein staatliches Wahrheitsministerium? Staatlich finanzierte Faktenchecker, wie die der Nachrichtenagentur dpa oder von Correctiv? Die von staatlich verordneten Zwangsbeiträgen abhängigen Faktenchecker der ARD?

**Die Staatsferne** der Landesmedienanstalten, die die Aufsicht über digitale Medienplattformen und Blogs wie diesen führen, ist mindestens umstritten. Immerhin werden die Medienräte, die die Entscheidungen treffen, ganz oder zu einem großen Teil von den Landesparlamenten gewählt. Und wenn auf skandalträchtige Weise ohne Ausschreibung ein SPD-Medienstaatssekretär wie Marc Jan Eumann ohne die eigentlich notwendige juristische Qualifikation von einem SPD-dominierten Landesparlament als Direktor einer „staatsfernen“ Landesmedienanstalt gewählt wird, kann sogar der Deutschlandfunk diese Staatsferne nur schwer [erkennen](#).

„**Wahrung der Meinungsfreiheit**“ kann man es kaum nennen, wenn eine vom Staat eingesetzte Aufsicht das öffentliche Äußern von Empfindungen wie **Hass** und scharfer Kritik, die von manchen als **Hetze** empfunden wird, unterbinden soll. Indem die Koalitionäre schreiben, dass Hass (scharfe Kritik) und Hetze (scharfe Kritik) den **gesellschaftlichen Zusammenhalt** und die **Institutionen** der Demokratie gefährdeten, machen sie deutlich, dass sie Kritik, mindestens wütende Kritik, unterdrücken wollen. Dabei ist mit **Institutionen** in aller Regel die Regierung selbst gemeint, denn diese steht regelmäßig im Zentrum der Kritik. Dass es mit den **klaren gesetzlichen Vorgaben** nicht weit her ist und nicht weit her sein wird, wenn schwammige Begriffe wie Hass und Hetze verwendet werden, ist so gut wie sicher. Es gibt den gesetzlich definierten Begriff der Volksverhetzung. Für das Unterbinden und Bestrafen von hasserfüllten Äußerungen, die die Menschen gegen bestimmte Gruppen von Mitmenschen aufhetzen sollen, braucht man also die völlig schwammigen und dehnbaren Begriffe Hass und Hetze nicht. Manche empfinden es schon als Hassrede, wenn sie durch bestimmte Aussagen starke Gefühlswallungen erleiden.

**Gezielte Beeinflussung von Wahlen** nannte man bisher Wahlkampf. Der galt bisher als legitim. Dass ausgerechnet die Politiker von Union und SPD, die die Wähler bei der letzten Bundestagswahl in einem Ausmaß und mit einer Dreistigkeit belogen und mit falschen Versprechungen getäuscht haben, wie kaum je zuvor, sich nun anheischig machen, die Beeinflussung von Wahlen durch falsche Behauptungen zu unterbinden, ist mit frech mehr als höflich umschrieben.

**Kein Wunder also**, dass die Kritik am „Lügenverbot“ der Koalitionäre überall hochgekocht ist, unter anderem in der [Neuen Züricher Zeitung](#), dem [Magazin Cicero](#), der [Berliner Zeitung](#) und in der [Welt](#).

**Karin König von der Redaktion ARD faktenfinder** bekam die undankbare Aufgabe, die Koalitionäre gegen die Kritik zu verteidigen, wohl nicht zuletzt, damit die SPD-Mitglieder nicht verunsichert werden. Diese müssen den Koalitionsvertrag noch annehmen, damit die Regierung gewählt werden kann. Sie setzt alles ein, was die staatstragende Faktencheckergemeinde bei anderen regelmäßig als „irreführend“, „fehlender Kontext“, „falsch“ oder „unbewiesen“ brandmarkt.

**Fehlender Kontext:** Autorin König [weist](#) korrekt darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht schon [2012 urteilte](#), dass „die erwiesen oder bewusst unwahre Tatsachenbehauptung nicht vom Schutz des Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG umfasst wird.“ Auf dieser Basis behauptet sie irreführend, die entsprechende Aussage im Koalitionsvertrag sei „nichts neues“, da sie nur diese Entscheidung wiedergebe. Aber sowohl die Koalitionäre als auch die Wahrheitskontrolleurin der ARD lassen den entscheidenden Kontext weg, der beim Gericht gleich danach kommt:

„Wahre Aussagen müssen in der Regel hingenommen werden, auch wenn sie nachteilig für den Betroffenen sind.“

**Es geht bei der Aussage des Gerichts** über fehlenden Grundrechtsschutz für falsche Behauptungen also nur um solche, die jemanden schädigen. Dass der Koalitionsvertrag diese wichtige Einschränkung nicht nennt, und damit das angekündigte Vorgehen gegen „Desinformation“ und „Fake News“ auch auf bisher rechtlich zulässige Äußerungen ausweiten will, unterschlägt sie.

**Irreführung:** Ausgerechnet die Vorsitzende der *Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten*, Eva Flecken, darf im Gespräch mit der Faktenfinderin klären, ob die derzeitige Arbeit der Landesmedienanstalten in Sachen Meinungsfreiheit problematisch ist oder nicht. Der Koalitionsvertrag enthält aber die kritisierten Passagen mutmaßlich nicht, weil die künftige Regierung alles beim alten lassen will. Sie scheint sogar „klare gesetzliche Vorgaben anzukündigen“. Ganz hinten dürfen ein Experte und die SPD das auch sagen, nachdem König bis dahin die falsche Erzählung festigt: „Alles harmlos, alles schon da.“

**Journalistisch unsaubere Arbeit:** Wer journalistisch arbeitet, könne von den Landesmedienanstalten beim Verdacht auf falsche Informationen überprüft werden, so König. Dabei werde aber nicht die inhaltliche Aussage als wahr oder falsch bewertet. Stattdessen werde geprüft, ob journalistisch sorgfältig gearbeitet wurde, behauptet sie. Das scheint die unkritische Übernahme einer Aussage ihrer Gesprächspartnerin Flecken zu sein, die sie im Anschluss wörtlich zitiert mit:

„Es geht gar nicht um eine Inhaltepolizei oder ein Wahrheitsministerium, sondern darum, ob in journalistischer Hinsicht sauber gearbeitet worden ist.“

**Das ist eine Falschbehauptung**, ausgerechnet von einer Medienaufseherin, die Faktentreue durchsetzen soll. Sie wird ausgerechnet von einer „Faktencheckerin“ unkritisch als Tatsache präsentiert. In einem [Drohbrief](#) der Landesmedienanstalt NRW an das Magazin *Multipolar* bemängelt die Landesmedienanstalt NRW, nach unwidersprochener Darstellung durch *Multipolar*, ganz direkt, die Behauptungen, die *Multipolar* in beanstandeten Artikeln aufstelle, seien falsch. *Multipolar* widerlegte das und die Medienaufsicht nahm den Vorwurf [zurück](#). Entgegen der Falschbehauptung der Medienaufseherin handelt es sich also doch auch um Inhaltekontrolle. Das ist ja auch schon darin angelegt, dass „bei Verdacht auf falsche Informationen“ geprüft werde. Das Vorschützen der „journalistischen Sorgfalt“ als Prüfobjekt ist erkennbar nur ein Manöver, um die unkritischen Teile der Öffentlichkeit mit solchen Falschbehauptungen in die Irre führen zu können.

**Selbstwiderlegung:** Wenig später kommt dann die Einräumung dass das obige gelogen war. „Angebote, die Hass oder falsche Tatsachenbehauptungen enthalten, werden von der Medienaufsicht – je nach Schweregrad – beanstandet oder untersagt“, schreibt die Faktenfinderin, mutmaßlich in Wiedergabe dessen, was ihr Flecken gesagt hat. Dass sie das nicht deutlicher macht, ist erneut journalistisch unsaubere Arbeit. Falsche Tatsachenbehauptungen festzustellen und zu untersagen ist Inhaltekontrolle.

**Irreführend durch Auslassung** ist auch die Versicherung von Flecken, man könne zwar ganze Angebote oder Einzelne Aussagen von Privatpersonen seien von dieser Aufsicht nicht betroffen, erklärt die Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, Eva Flecken, im Gespräch mit tagesschau.de. Wer journalistisch arbeitet, könne beim Verdacht auf falsche Informationen überprüft werden. Kanäle untersagen. Aber weil die Aufsicht „im Zweifel immer für die Medienfreiheit“ entscheide, gäbe es kein Problem für die Meinungsfreiheit. Was sie tunlichst verschweigt: Die Landesmedienanstalten senden Drohbriefe an die Beaufsichtigten, in denen sie [zum Beispiel](#) Bloggern kostenpflichtige Verfahren androhen, wenn diese ihre schon veröffentlichten Beiträge nicht im Sinne der Anstalt überprüfen oder löschen. Da ist die Gefahr und mutmaßlich auch die Absicht offenkundig, dass die Adressaten eingeschüchtert werden, und fortan mit der Schere im Kopf schreiben.

**Ganz hinten im Stück**, wo dann die SPD sagt, sie wolle neue „Mechanismen gegen gezielte Desinformation, Hass- und Hetzkampagnen schaffen, die der staatsfernen Medienaufsicht zur Verfügung stehen“, kommt König dann zum Thema ihrer Leitfrage, ob die eben doch drohende Verschärfung die Meinungsfreiheit gefährdet. Sie lässt die Frage einen einzigen vermeintlich unabhängigen Experten und die alles andere als neutrale Obermedienaufseherin Flecken jeweils mit nein beantworten. Dabei widerspricht sich der Jurist Uwe Volkmann von der Universität Frankfurt selbst gleich doppelt. Zuerst sagt er, ob die Meinungsfreiheit bedroht sei, könne man erst beurteilen, wenn die neuen Mechanismen oder Gesetze im Detail bekannt seien. Er ergänzt, dass sich die Grenzen bei der Abwägung mit der Meinungsfreiheit durchaus verschieben könnten, dass die Meinungsfreiheit also schon geringer werden könne. Dann widerspricht er beidem, indem er nonchalant versichert, er sehe keinerlei Gefahr für die Meinungsfreiheit.

### **Fazit**

**Wenn Faktenchecker**, die derart unsauber und manipulativ arbeiten, entscheiden sollen, was falsch und verboten ist, und unehrliche Medienwächter auf dieser Basis oder durch eigenes Urteil das Lügenverbot durchsetzen, dann ist die Meinungsfreiheit mehr als bedroht.

**Nachtrag (26.4.): Weitere Lüge von Flecken aufgedeckt**

**Eine weitere Lüge** der Oberchefin der Landesmedienanstalten deckte die NRW-Anstalt mit [Pressemeldung](#) vom 24. April auf. Darin heißt es schon in der Überschrift:

„Bundeskriminalamt und Medienanstalten arbeiten bundesweit im Kampf gegen Hassrede zusammen – Möglichkeit zur Meldung von strafbarer Hassrede an das BKA können nun alle Medienanstalten nutzen“.

**Man erfährt**, dass die Medienanstalten dank der künstlichen Intelligenz, mit der sie das Internet durchforsten, bereits 8000 „volksverhetzende oder bspw. den Holocaust leugnende Inhalte“ an das Bundeskriminalamt gemeldet haben und sich dann in den als rechtswidrig eingestuften Fällen um das Verbreitungsverbot gekümmert haben. Das waren mit Sicherheit nicht alle Inhalte von Menschen, die journalistisch arbeiten.

**Das passt ausgesprochen schlecht** zu dem Absatz im Faktenfinder-Artikel, in dem es heißt:

„Einzelne Aussagen von Privatpersonen seien von dieser Aufsicht nicht betroffen, erklärt die Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, Eva Flecken, im Gespräch mit tagesschau.de. Wer journalistisch arbeitet, könne beim Verdacht auf falsche Informationen überprüft werden.“

## **Wie sich DPA, APA und AFP von den Regierenden für die Gleichrichtung der Medien bezahlen lassen**

[20. 05. 2024 | Die großen Nachrichtenagenturen entscheiden, was die Mehrheit der Bevölkerung erfährt und mit welcher Einkleidung. Um so wichtiger wäre es, dass sie unabhängig von den Regierenden und deren Agenda agieren. Stattdessen lassen sie sich dafür bezahlen, in deren Sinne zu definieren, was die eigenen Journalisten und andere Medien als wahr und als nachrichtenswürdig zu betrachten haben. Sie sind der Dreh- und Angelpunkt für die willfährige Gleichrichtung der Berichterstattung bei Themen wie Corona, Klima und Geopolitik.](#)

Stellen Sie sich vor, sie sind für die Medienpolitik einer Regierung zuständig, die möchte, dass die großen Medien Themen, die der Regierung wichtig, aber in der Gesellschaft umstritten sind, eine regierungsgefällige Nachrichtenauswahl treffen und das Narrativ der Regierung stützen. Was brauchen Sie, wenn Sie nicht offen zensieren und eine bestimmte Berichterstattung vorschreiben können?

1. Eine vermeintlich unabhängige Instanz, die allen mitteilt, was wahr und was die richtige Sichtweise ist
2. Anreize und Restriktionen, die dafür sorgen, dass diese Festlegungen übernommen werden.

Im folgenden will ich ein real existierendes Arrangement vorstellen das dies gewährleistet.

**GADMO**

Für die mediale Gleichrichtung im deutschsprachigen EU-Raum finanziert die EU-Kommission das im November 2022 gegründete *German-Austrian Digital Media Observatory*, kurz GADMO, also eine deutsch-österreichische Digitalmedien-Beobachtungsstelle.

Mitglieder sind die in diesem Raum dominierenden Nachrichtenagenturen DPA, APA und AFP, sowie das regierungsnahe und -finanzierte Recherchekollektiv Correctiv.

Die Journalismus- und Statistik-Spezialisten der TU Dortmund, die gemeinsam ein Zentrum für datengestützte Medienanalyse betreiben, kümmern sich um die Datenauswertung. Für die digitaltechnischen Aspekte der Überwachung der Online-Medien sind das Austrian Institute of Technology und das Athens Technology Center (ATC) zuständig. Das ATC koordiniert auch das SOMA-Projekt der EU, die „Sozialbeobachtungsstelle für Desinformation und Analyse der sozialen Medien“.

Wie bereits [berichtet](#), hat die EU ihrer Beobachtungsstelle für Desinformation mit SOMA eine Abkürzung gegeben, die Leser von Aldous Huxleys dystopischem Roman „Schöne neue Welt“ als die Bezeichnung der Droge kennen, mit der die Regierenden dort die Bevölkerung ruhig und gefügig halten. Das Programm vernetzt und unterstützt obrigkeitstreue Faktenchecker mit den jeweils passenden, bereits ausformulierten Narrativen zu allem Möglichen. Außerdem wendet es sich an Medienhäuser, Social Media Innovatoren, Forscher und politische Entscheider.

Zur [Mission](#) von GADMO heißt es auf deren Netzseite:

„Desinformation und manipulierte Informationen bedrohen demokratische Gesellschaften. Sie untergraben das Vertrauen in demokratische Institutionen, fachen gesellschaftliche Konflikte an und (...) können sich auch auf anstehende Wahlen auswirken. Bei GADMO arbeiten Faktencheck- und Forschungsteams aus Deutschland und Österreich zusammen, um potenziell schädlichen Desinformationskampagnen in den Medien, sozialen Netzwerken und auf Messenger-Plattformen entgegenzuwirken. (...) GADMO ist unabhängig, überparteilich und frei von kommerziellen Interessen.“

Die drei Nachrichtenagenturen DPA, APA und AFP haben jeweils eigene Faktenchecker-Teams, mit denen sie an GADMO beteiligt sind. Damit wollen Sie erklärtermaßen der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken, also eine einheitliche Sicht auf die Welt befördern. Entsprechend sind die Faktenchecker auch nicht dafür da, wie im traditionellen Journalismusverständnis Berichte der Agenturen auf Korrektheit zu prüfen, bevor sie veröffentlicht werden.

Vielmehr nehmen sich die Faktenchecker bevorzugt viel gelesene oder -gesehene Nachrichten und Meinungen auf den sozialen Medien vor, die ein Narrativ der Regierenden konterkarieren, und diskreditieren diese mit Labels wie „falsch“, „teilweise falsch“ oder „fehlender Kontext“. Wie einseitig und unseriös die sogenannten Faktenchecker dabei zu Werke gehen, habe ich in [vielen Beiträgen](#) analysiert. Ein negatives Label führt dann dazu, dass die betreffenden Beiträge auf den Medienplattformen gelöscht oder ausgebremst werden. Correctiv vergibt diese Labels gegen Bezahlung für Facebooks, AFP für Facebook, WhatsApp und TikTok.

Das mit der behaupteten Unabhängigkeit und Freiheit von kommerziellen Interessen ist etwas fragwürdig, wenn man bedenkt:

- Das Projekt wird von der EU finanziert.
- Eines der Mitglieder koordiniert ein anderes EU-finanziertes, verwandtes Medienbeobachtungsprojekt.
- Die beteiligten Faktencheckerorganisationen hängen für ihr Geschäftsmodell davon ab, dass die EU Druck auf die Plattformen macht und diese nötigt, externe Faktenchecker anzuheuern, die festlegen, was gesperrt oder ausgebremst zu werden hat.
- Die Bundesregierung [verkündete](#) den Start von GADMO stolz in einer eigenen langen Mitteilung.

Aber es kommt noch viel schlimmer.

## Plattformaufsicht für die EU

GADMO und seine Mitglieder haben sich auch von der EU [beauftragen lassen](#), die Umsetzung des von der EU den Plattformen aufgenötigten *Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation* zu überprüfen. Sie werden also von der EU noch dafür bezahlt, dass sie selbst den Plattformen ein schlechtes Zeugnis ausstellen dürfen, von denen sie Geld für Zensurdienstleistungen bekommen. Das sind massivste Interessenkonflikte im Quadrat, die alle darauf hinwirken, den Zensurdruck auf die Plattformen zu erhöhen.

Wenn Sie etwa versuchen, diesen Beitrag über Facebook zu teilen, wird ihnen mit ziemlicher Sicherheit mitgeteilt werden, dass ihr Post wegen des Verdachts von Gewaltdarstellungen oder extremen Inhalten ausgebremst wurde. Das hat für Facebook den Vorteil, dass die Statistik seiner Gegenmaßnahmen gegen Gewaltdarstellungen besser wird, und für die Regierenden, dass ein kritischer Bericht weniger gelesen wird.

Es kommt aber noch schlimmer.

GADMO hat ein [Advisory Board](#), einen Beirat, der angeblich „aus unabhängigen Expertinnen und Experten“ zusammengesetzt ist, die „Orientierungshilfen für strategische Entscheidungen geben und die Einhaltung wichtiger Richtlinien und Grundsätze durch die Projektleitung überwachen“.

## Medienaufsichtsbehörden als GADMO-Aufseher

Kein Interessenkonflikt, aber bezeichnend, ist die Präsenz von Josef Holnburger, von Cemas, einem „wissenschaftlichen“ Institut, das sich darauf spezialisiert hat, Kritiker der Mächtigen in pseudowissenschaftlicher Blähsprache als Antisemiten und Verschwörungstheoretiker zu verunglimpfen.

Dann ist da aber auch noch eine Vertreterin der *Landesanstalt für Medien NRW*. Diese ist gesetzlich mit der Beaufsichtigung von Internet- und Rundfunkangeboten betraut. Mit dabei auch ein Vertreter der *Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH*, die als Geschäftsstelle der Regulierungsbehörde KommAustria fungiert.

Es sind also Vertreter der Medienaufsichtsbehörden Deutschlands und Österreichs, die diesem „unabhängigen“, von der EU bezahlten Projekt Orientierung geben und die Projektleitung überwachen.

## Das US-Militär als Aufseher

Der Clou ist aber die letzte im Bunde der Aufseher: SJ Terp, die in den USA lebt und arbeitet. Ihr Vorname wird abgekürzt, möglicherweise damit man sie schwerer findet. Von ihr heißt es:

„SJ Terp hat das **DISARM-Framework** (ehemals AMITT) mit entwickelt, das Ansätze der Cybersicherheit im Kampf gegen Desinformation anwendet, und ist Chief Scientist der DISARM Foundation. Sie hat weltweit Reaktionssysteme für wahl- und gesundheitsbezogene Cognitive Security eingerichtet, Unternehmen beim Risikomanagement von Desinformation beraten und eine Reihe von Tools für den Betrieb von Operationszentren für Cognitive Security entwickelt. SJ lehrt Cybersicherheit und Cognitive Security an der University of Maryland sowie an der Columbia University und ist Senior Fellow beim Atlantic Council.“

Der Atlantic Council ist eine Nato-Vorfeldorganisation. Dass sie im Beirat von GADMO sitzt, ergibt nur Sinn, wenn das genannte „DISARM-Framework“ (Entwaffnungs-Rahmenwerk) bei GADMO Anwendung findet. Beschrieben wird es als ein „Master-Rahmenwerk zur Bekämpfung von Desinformation durch Austausch von Daten und Analysen und Koordination effektiver Aktion“. Das wäre ziemlich bedenklich, denn auf der Netzseite der [Disarm-Foundation](#) heißt es auch (übersetzt) über das DISARM-Framework:

„Es ist deskriptiv, nicht präskriptiv. Wir geben den Nutzern keine Anweisungen, wie sie es verwenden sollen. Der Satz von Verteidigungsmaßnahmen des Rahmenwerks (..) enthält Aktionen, die in Ländern mit unterschiedlichen ethischen Werten beobachtet werden (wie etwa „Zensur“, eine Aktion, die in Ländern mit autoritären Regierungen beobachtet wird). Wir werden diesen „blauen“ Workshop-Output weiterhin zur Verfügung stellen, während wir eine Alternative entwickeln, die auf demokratischen Werten und ethischen Grundsätzen basiert.“

Entwickelt worden sei dieses Rahmenwerk zwischen 2017 und 2019 von einer *Credibility Coalition*.

Diese hat zwar eine [Netzseite](#). Dort gibt es aber nur Floskeln darüber, wer zu dieser Koalition gehört und was sie tut. Sie geben Zuschüsse, aber es bleibt völlig im Dunkeln, woher sie selbst ihr Geld bekommen.

Aufklärung gibt ein [Artikel](#) in einem Fachmagazin aus dem Jahr 2018, in dem großzügige Zuschüsse verkündet werden von „Google News Lab, the Facebook Journalism Project, Craig Newmark Philanthropies und weiteren privaten Spendern“ für die Finanzierung der Anstrengungen zur Entwicklung von Glaubwürdigkeits-Indikatoren, die dann Forschern, der Öffentlichkeit und den großen Plattformen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die vielen Erwähnungen von Security im Zitat oben und die Geheimniskrämerei um die Credibility Coalition deuten auf einen geheimdienstlichen oder militärischen Hintergrund hin.

Dieser Verdacht bestätigt sich schließlich durch einen [Artikel](#) des Magazins *Wired* aus dem Jahr 2020 über GADMO-Aufseherin Sara-Jayne Terp, die DISARM entwickelt hat, offenbar für die Credibility Coalition.

Damals hat man noch keine so große Scheu, die militärischen Ursprünge der Anti-Desinformationskampagne offenzulegen wie heute. Mutmaßlich liegt das daran, dass es damals noch nicht die vielen Regeln und Institutionen zur Manipulation und Zensur der Internet-Medien gab, die seither eingeführt wurden.

Damals konnte man noch glaubwürdig so tun, als wolle man wirklich nur Desinformationsangriffe von außen abwehren. Dabei ist schon der erste Absatz des Artikels verräterisch, denn es geht um eine Übung für eine eigene Desinformationskampagne der US-Regierung:

„An einem Tag Anfang Juni 2018 flog Sara-Jayne Terp, eine britische Datenwissenschaftlerin, von ihrem Wohnort in Oregon nach Tampa, Florida, um an einer Übung teilzunehmen, die das US-Militär veranstaltete. Am Jahrestag des D-Day versammelte das US Special Operations Command eine Gruppe von Experten und Soldaten für ein Gedankenexperiment: Wie würde die Invasion in der Normandie aussehen, wenn sie heute stattfinden würde? Die Operation von 1944 war vor allem deshalb so erfolgreich, weil die Alliierten fast ein Jahr lang falsche Informationen verbreiteten, die Deutschen davon überzeugten, dass sie Truppen an Orten aufstellten, an denen dies nicht der Fall war, falsche Funksprüche sendeten und sogar Panzerattrappen an Schlüsselstellen aufstellten. Wie würde man den Feind mit den heutigen Mitteln täuschen?“

Kern von DISARM ist ein Katalog von möglichen Manipulationsmaßnahmen. Gesprochen wird nur von Abwehr, so wie so ziemlich alle Militärminister der Welt sich „Verteidigungsminister“ nennen, aber trotzdem jede Menge Angriffskriege beginnen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass dieser Katalog auch als Handlungsanleitung für eigene Manipulationen genutzt werden kann. Mein Eindruck ist, dass das auch sehr ausgiebig geschieht. Im *Wire*-Artikel über Terp, die ihre Laufbahn als Verteidigungsanalystin für die britische Regierung begonnen habe, geht es weiter mit:

„Kurze Zeit später half Terp dabei, eine internationale Gruppe von Sicherheitsexperten, Akademikern, Journalisten und Regierungsforschern zusammenzubringen, um an dem zu arbeiten, was sie „misinfosec“ nannte. (...) Die Misinfosec-Gruppe entwickelte schließlich eine Struktur zur Katalogisierung von Fehlinformationstechniken, die auf dem ATT&CK Framework basiert. In Übereinstimmung mit der Toleranz für Akronyme in diesem Bereich nannten sie es AMITT (Adversarial Misinformation and Influence Tactics and Techniques). Bisher haben sie mehr als 60 Techniken identifiziert, die sie den Phasen eines Angriffs zuordnen. (...) Je mehr es genutzt wird, desto effektiver wird AMITT sein, sagt Terp und fügt hinzu, dass ihre Gruppe mit der NATO, der EU und dem Ministerium für Innere Sicherheit zusammenarbeitet, um das System zu testen.“

AMITT wurde später in DISARM umbenannt.

Die EU arbeitet also mit der Nato und den US-Geheimdiensten zusammen, um das System zu erproben und heute, vier Jahre später, offenbar auch anzuwenden. Dieser Satz, und die Rolle von Terp als Aufseherin von GADMO legen den Schluss nahe, dass im Rahmen dieses Projekts die großen Nachrichtenagenturen zusammengeschaltet werden, um für eine den US-Diensten (Homeland Security), der Nato und der EU gefällige Berichterstattung in den Medien des deutschsprachigen EU-Raums zu sorgen.

Schon 2018 erklärte die EU den Meinungskampf zum militärischen Aktionsfeld und „Desinformation“, mit der sogenannte hybride Akteure versuchten, die Gesellschaft zu spalten und die öffentliche Meinung zu beeinflussen, zum Gegner. Die EU [verkündete](#), gegen hybride Bedrohungen, einschließlich „Desinformation“ aktiver zu werden und [gründete](#) gemeinsam mit der Nato ein „Zentrum für hybride Bedrohungen“ in Helsinki.

Dafür, dass Netzseiten, die „Desinformation“, wie von den Faktencheckern definiert, betreiben, sich nicht über Werbung finanzieren können, sorgt eine aus Geheimdienstkreisen gegründet und neben staatsnahen Stiftungen auch von Regierungen finanzierte Organisation in den USA namens [Global Disinformation Index](#).

## Belohnung inklusive

Wie die Bundesregierung im März 2024 verkündete, bekommt die DPA von der Regierung eine Million Euro für das Projekt „Jahr der Nachricht“. Bei dieser Image-Werbekampagne für die etablierten Medien und gegen alternative Nachrichtenkanäle arbeitet DPA mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und einigen der wichtigsten privaten Medienkonzerne des Landes zusammen.

### [Bundesregierung spendiert Nachrichtenagentur dpa eine Million Euro für Werbung und Kundenbindung](#)

[19. 03. 2024 | Die Ministerin für Inneres und Heimat, Nancy Faser \(SPD\), bezahlt Deutschlands mit Abstand wichtigster Nachrichtenagentur und deren Partnern bis zu einer Million Euro Steuergeld um Werbung für die etablierten Medien zu machen und die regierungskritischere, unabhängige Konkurrenz \(„Desinformation“\) zu bekämpfen.](#)

Mitgeschafter der für das Projekt gegründeten GmbH #UseTheNews, an die die Regierungsmillion fließt, ist das Hans-Bredow-Institut für Medienforschung in Hamburg. Zufällig ist ein Vertreter dieses Instituts im Beirat von GADMO vertreten.

## Ein Netz über ganz Europa

Mit der Überwachung und Manipulation des Gedanken- und Informationsaustauschs im Internet auf deutsch geben sich EU, USA und Nato natürlich nicht zufrieden. So heißt es bei GADMO stolz:

„GADMO ist Teil des europaweiten Netzwerks des European Digital Media Observatory (EDMO). Die EU-geförderte Initiative koordiniert ein Netzwerk aus 14 Hubs, die in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aktiv sind. EDMO bringt Faktencheck-Teams, Medienfachleute und Forschende zusammen, um ein Netzwerk zu schaffen, das in der Lage ist, Desinformationskampagnen aufzudecken und zu analysieren...“

Der Zweck von EDMO und seinen 14 „Hubs“ in der EU wird auf der [Netzseite](#) treffend beschrieben:

„EDMO soll als Referenzpunkt für Daten und Strategien zu Desinformation, öffentlichem Vertrauen, Medienkompetenz und Informationsqualität dienen.“

Mit anderen Worten. Bei EDMO erfahren Medienvertreter was aus offizieller Sicht wahr und was falsch ist.

## Faktenchecker an einer Leine aus den USA

Über ein anderes Arrangement, das dafür sorgt, dass die offiziellen Faktenchecker in Deutschland und Europa die aus US-Sicht richtigen Narrative stützen und die falschen diskreditieren, habe ich bereits geschrieben.

### [DPA zur Gesundheitsdiktatur: Peinliche Faktenchecks mit verräterischen Fäden zu den Hintermännern](#)

[18. 12. 2022 | In den letzten Monaten habe ich mehrmals zur drohenden WHO-Gesundheitsdiktatur geschrieben. Die Nachrichtenagentur dpa hat dem Thema einige selbst für ihre Verhältnisse sehr dünne Faktenchecks gewidmet. Das hat mich inspiriert, den dort ausgelegten Fäden zu den Hinterleuten der internationalen Faktenchecker-Mafia zu folgen.](#)

Die offiziellen Faktenchecker-Organisationen in Europa haben in der Regel ein Siegel des *International Fact Checking Network* (IFCN) am Poynter Institut in Florida, einer informellen Genehmigungsbehörde und Geldgeberin für sogenannte Faktenchecker. [Lustigerweise](#) verdankt die DPA ihr Siegel einer Überprüfung für das IFCN durch einen Mitarbeiter des Instituts für Journalismus der TU Dortmund, das Institut, mit der die DPA nun GADMO betreibt.

Eine [IFCN-Datenbank](#) bietet mehr als 10.000 „Faktenchecks“ zu COVID-19-bezogenen „Fehlinformationen“ als Ressource für Faktenchecker, Journalisten, Forscher und Nutzer an, priest etwa die WHO. Wer also einen Faktencheck zu schreiben hat, findet ziemlich sicher schon etwas passendes bei IFCN und weiß dann zumindest, in welche Richtung er zu recherchieren und zu schreiben hat.

IFCN [verbindet](#) die offiziellen Faktenchecker miteinander und stellt ihnen die passenden offiziellen Informationen zur Verfügung, um abweichenden Informationen entgegenzuwirken. Es subventioniert die von ihm lizenzierten Faktenchecker und hat einen Unterstützungsfonds für Faktenchecker, die es mit dem Diskreditieren ihrer Opfer zu weit getrieben haben und deshalb verklagt werden.

Um Verträge mit sozialen Medienplattformen wie Facebook über Faktenüberprüfungen abzuschließen, müssen Faktenprüfer vom IFCN lizenziert werden. Die IFCN hat Richtlinien darüber, welche Arten von Nachrichten und Nachrichtenquellen eine Überprüfung wert sind. Der Schwerpunkt liegt dabei sehr stark auf den Nicht-Mainstream-Medien. I

Das Netzwerk selbst wird unter anderem [finanziert vom](#) US-Außenministerium, der National Endowment for Democracy (NED), der Omidyar Network Foundation, der Bill & Melinda Gates Foundation, Open Society Foundations, Google und Facebook.

## **Der Mechanismus der Gleichrichtung**

Mit diesen Zutaten haben wir ein teilautomatisiertes System der Gleichrichtung der europäischen Medien beisammen. In den USA werden die wichtigen Themen und zugehörigen Wahrheiten definiert. Die dortigen Faktenchecker arbeiten diese Wahrheiten in ihren Beiträgen aus und stellen sie allen europäischen Faktencheckern zur Verfügung. Diese wissen dadurch, bei welchen Themen es offizielle Wahrheiten zu verbreiten und zu verteidigen gibt, und wie diese lauten.

Die von der EU finanzierten Faktencheckernetzwerke filtern die für Europa und die jeweiligen Länder relevanten Themen heraus und passen die Faktenchecks an die hiesigen Gegebenheiten an. Diese Faktenchecks werden wiederum der Öffentlichkeit und allen europäischen Faktencheckern zur Verfügung gestellt. Letztere nehmen sie zur Basis für eigene Faktenchecks.

Die Wirkungsweise ist folgende: Soweit die Faktenchecker selbst Teil von Medienhäusern sind, wie bei AP, AFP, DPA, APA, ARD etc., bewirken die Faktenchecks direkt, dass alle Journalisten in diesen Medien auf die offiziellen Wahrheiten geeicht werden. Denn wer in seinen Berichten Thesen vertritt, die von den eigenen Faktencheckern als falsch und meist auch als moralisch verderbt dargestellt werden, fördert seine Karriere nicht gerade. Das würde von Kritikern unweigerlich aufgespießt und gegen das jeweilige Medienhaus verwendet.

Damit ist schon gewährleistet, dass die Agenturberichte, mit denen die meisten Zeitungen und Online-Medien einen Großteil ihrer Berichterstattung betreiben, dem vorgegebenen Narrativ folgen. Dasselbe gilt für die Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Einen abschreckenden Effekt auf potentielle Abweichler dürften die Faktenchecks auch auf Journalisten anderer Häuser haben, soweit diese unabhängig von den Nachrichtenagenturen Berichte schreiben. Wer will sich schon als Verschwörungstheoretiker oder Schwurbler outen. Sollte er in Einzelfällen nicht ausreichen, bieten die Faktenchecks den Chefredaktionen eine bequeme Möglichkeit für Willfährigkeit zu sorgen, ohne die eigenen Journalisten offen in ihrer Meinungs- und Recherechefreiheit einzuschränken. Sie können einfach darauf verweisen, dass ein Faktencheck die These des unbotmäßigen Schreiblings als falsch entlarvt hat.

Dafür ist natürlich notwendig, dass die Chefredaktionen dies zu ihrem Anliegen machen. Oft ist das gegeben. Bei den Medien des „[transatlantischen Medienhauses](#)“ Axel Springer werden die Journalisten per Arbeitsvertrag auf transatlantische Bündnistreue festgelegt. Bei anderen Häusern geschieht das etwas weniger explizit. Wenn es also um Themen von geopolitisch-militärischer Relevanz geht, dürfte die Bereitschaft der Chefredaktionen gegeben sein, unauffällig für Narrativtreue zu sorgen. Wir haben ja gesehen, welche Rolle das Militär bei GADMO und allgemein beim Kampf gegen „Desinformation“ spielt.

Es gibt auch eine starke gegenseitige Abhängigkeit von Regierungen und Presseorganen. Denn diese werden reihum mit exklusiven Informationen versorgt und zu informellen Unterrichtungen eingeladen, aber nur solange sie bei den besonders wichtigen Themen auf Linie bleiben. Wer aus diesem Kreis ausgeschlossen wird, hat es schwer, bei seinen Lesern oder Zuschauern einen gut informierten Eindruck zu vermitteln.

In seltenen Fällen, wenn es mit der Linientreue hakt, enthalten die Faktenchecks auch mal direkte Ansagen an die Journalistenkollegen, wie sie (nicht) berichten sollen. So etwa bei einem [Faktencheck](#) der ARD über Fotos und Berichte über hohe Materialverluste der zum Wendepunkt hochstilisierten Sommeroffensive der Ukraine 2023. Darin durfte eine Analytistin des *Institute for Strategic Dialogue* (ISD) den deutschen Journalisten ins Gewissen reden:

„Mit vorschnellen Schlagzeilen über vermeintliche Misserfolge der Ukraine würden die Medien der russischen Propaganda in die Hände spielen, sagt Smirnova. „Die russischen Medien versuchen, die ukrainische Offensive als gescheitert darzustellen. Vor allem mit Blick auf die angebliche Zerstörung westlicher Technik wird versucht, die westliche Hilfe für die Ukraine sinnlos und vergeblich erscheinen zu lassen.“ (...) „Deutsche Medienberichte, die die Gegenoffensive als erfolglos bezeichnen, würden von prorussischen Propagandisten bereitwillig aufgenommen und verbreitet werden, so Smirnova. In mehreren prorussischen Telegramkanälen sind beispielsweise Collagen von deutschen Schlagzeilen geteilt worden.“

Das ISD habe ich in einem [Beitrag](#) von 2020 folgendermaßen beschrieben: „Im Vorstand sitzen Leute wie der ehemalige Verteidigungsminister zu Guttenberg, Springer-Chef Matthias Döpfner und ganz viele britische Adlige, von denen man annehmen darf, dass für sie der Extremismus beginnt, wo der Bückling des Dieners zu wünschen übrig lässt. Berater des Instituts sind unter anderem der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger und der ehemalige deutsche Geheimdienstchef August Hanning.“

Andere bündnisnahe Analysten versicherten, dass es nur wenige Panzer seien, die zerstört wurden, und dass die Tatsache, dass sie „immobil“ zurückgelassen wurden, nicht unbedingt bedeute, dass sie dauerhaft kaputt seien. Und die Panzerfahrer würden noch leben.

Nur [elf Tage später](#), am 18. Juli veröffentlichte das *Wall Street Journal* einen Bericht, wonach die Ukraine ihre Angriffsziele verfehlt habe und wegen ihrer Verluste an Panzern und anderem Kriegsgerät auf eine „langsame Herangehensweise“ an ihre Gegenoffensive umschalte. Mitte Oktober erfuhren die deutschen Fernsehzuschauer [im ZDF](#), dass die Offensive gescheitert war, bei anderen großen Medien dauerte es noch deutlich länger.

## Fazit

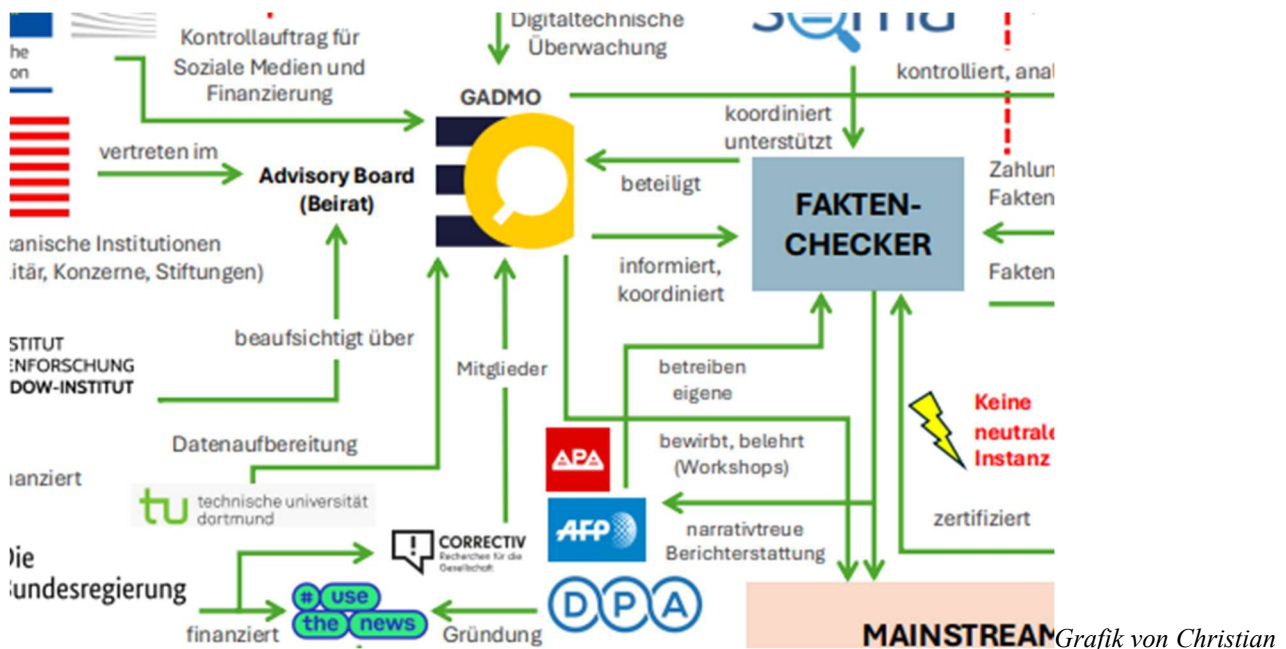
Eine aus den USA koordinierte, von der EU bezahlte und der Bundesregierung unterstützte Faktencheckerszene sorgt dafür, dass alle Medien zu wichtigen Themen mit narrativ-treuen Agenturberichten versorgt werden, die sie weiterverbreiten, und in eigenen Berichten und Kommentaren dem von oben vorgegebenen Narrativ treu bleiben.

Aus diesem Blickwinkel erklärt sich auch, warum die Faktenchecks oft so offen tendenziös und die Argumente grenzdebil sind, wie etwa bei den Beiträgen der [ARD-Faktenerfinder](#). Es geht gar nicht in erster Linie darum, mit diesen Faktenchecks jemand zu überzeugen. Ihre Hauptfunktion liegt darin, der Medienlandschaft zu verkünden, was die Themen sind, zu denen es ein Narrativ zu respektieren gilt und wie dieses Narrativ lautet.

So erkläre ich mir beispielsweise, warum es zu den seit drei Jahren andauernden Verhandlungen über ein WHO-Pandemieabkommen und die Verschärfung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) bis vor Kurzem fast nur Faktenchecks (von [DPA](#), [Ccorrectiv](#), [APA](#), [BR](#), [ZDF](#) und [Deutsche Welle](#)), aber fast keine eigenen Berichte der Nachrichtenagenturen und Presseorgane gab. Die Faktenchecks machten deutlich, dass Kritik an den Vertragswerken von hoher Stelle unerwünscht war und als abseitig zu gelten hatte („Verschwörungstheorien“, „Geschwurbel“), jedenfalls soweit sich die Kritik gegen den vorgesehenen Machtzuwachs der WHO richtete. Da es in den relevanten Kreisen keine Debatte um diese Verträge gab, solange die etablierten Medien nicht berichteten, war Beschweigen die einfachste Möglichkeit ein Narrativ zu respektieren, das ausdrücklich zu verteidigen kaum überzeugend möglich ist.

*Verneigung: Ich wurde über einen [Beitrag](#) auf [tkp.at](#) auf [GADMO](#) aufmerksam.*

**Nachtrag (28.9.):** Christian Welzel hat die Informationen aus diesem Beitrag und weiteren Beiträgen zum Thema in eine grafische Darstellung des Beziehungsgeflechts der Medien- gleichrichtung umgesetzt. Mit einem Klick können Sie diese als PDF herunterladen und unverändert unter Nennung des Autoren und Fundorts frei verwenden.



Grafik von Christian Welzel. Frei zur unveränderten Verbreitung unter Nennung des Autors und des Mediums der Erstpublikation

## Man soll die dpa nicht regierungsfinanziert nennen und ihre Faktenchecker nicht Zensoren

[31. 03. 2025 | Die Nachrichtenagentur dpa reagiert mit einem Statement auf ihrer Netzseite auf Kritik, dass Zuwendungen vom Staat ihre Unabhängigkeit untergraben, und dass ihre „Faktenchecker“ Zensur betreiben. Die Vorwärtsverteidigung enthält Falschbehauptungen, Auslassungen und widersprüchliche Aussagen.](#)

Am 10. März hatte ich [geschrieben](#), dass Deutschlands marktbeherrschende Nachrichtenagentur „das Staatsgeld leugnet, das ihre Unabhängigkeit untergräbt“. Im [Bericht](#) der Faktenchecker-Zertifizierungsstellen IFCN zu dpa heißt es nämlich, auf Basis von dpa-Angaben:

„Die dpa ist eine unabhängige und zu 100 Prozent privatwirtschaftlich organisierte Nachrichtenagentur, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 1949 vollständig auf dem freien Markt finanziert. Wir erhalten keine Finanzierung oder Unterstützung von Staat, Politikern oder Parteien.“

Auf der Netzseite der dpa-Faktenchecker [heißt es](#):

„dpa erhält keine staatlichen Subventionen oder sonstige finanziellen Zuwendungen. Sämtliche Einnahmen werden auf dem freien Markt erwirtschaftet.“

**Tatsächlich erhält die dpa** sehr wohl Zuwendungen vom Staat in Millionenhöhe. Es gibt staatliche Zuwendungen für von dpa ausgeführte Projekte. Das sind Gelder, die nach gängigem Verständnis nicht als „auf dem freien Markt erwirtschaftet“ gelten können.

**Inzwischen findet sich** auf der Netzseite der dpa eine ausführliche [Stellungnahme](#) zu dem Vorwurf, die Agentur sei „staatsfinanziert“, nicht allerdings zu dem kaum zu widerlegenden Vorwurf der Lüge über den Sachverhalt. Auf meine Bitten um Stellungnahme vor Veröffentlichung meines Berichts vom 13. März hatte die dpa nicht reagiert.

**Die Agentur schreibt** nun unter dem Schlagwort „regierungsfinanziert?“:

„Immer wieder wird Kritik mit Narrativen vermischt, denen wir ausdrücklich entgegenzutreten, weil sie falsch sind. Dazu zählt vor allem der Vorwurf, die dpa sei „regierungsfinanziert“ oder „staatsfinanziert“. (...) Finanzielle Zuwendungen von staatlichen Stellen, Unternehmen und Privatpersonen lehnt die dpa ab. Lediglich projektgebundene Förderungen nimmt die Agentur in einigen wenigen ausgesuchten Fällen und nur nach sorgfältiger Prüfung an.“

**Man muss der Presseabteilung** der dpa zugestehen, dass sie mit diesen Formulierungen gute Arbeit gemacht hat. Das Statement klingt überzeugend, bis man es sich ganz genau anschaut. In Vorwärtsverteidigung werden die Kritiker der Falschdarstellung beschuldigt und die eigene Lüge dabei unter den Teppich gekehrt. Ja, sie wird sogar wiederholt: Man nehme keine finanziellen Zuwendungen von staatlichen Stellen an. Dabei wird gleich danach eingeräumt, dass der Vorwurf stimmt, dass man, entgegen der gerade getroffenen Behauptung, Zuwendungen vom Staat annimmt, nämlich „projektgebundene Förderungen“. Letzteres entspricht exakt einer gängigen [Definition](#) von staatlicher Zuwendung, nämlich freiwillige, zweckgebundene Leistungen an Externe, „wenn der Bund ein Interesse daran hat, bestimmte ... Projekte zu fördern“.

**Die Verteidigungslinie läuft** im Kern darauf hinaus, dass es zwar stimmt, aber nicht so viel sei und damit nicht so schlimm.

„Das Volumen der projektgebundenen Förderungen betrug von 2021 bis Ende 2024 rund 2,3 Millionen Euro. In diesem Zeitraum hat die dpa-Gruppe insgesamt einen Umsatz von rund 650 Millionen Euro erwirtschaftet. Der Anteil der Förderungen beträgt damit nur 0,35 Prozent am Geschäftsvolumen.“

**Doch selbst das** stimmt nicht. Die dpa vergleicht hier die staatliche Finanzierung der dpa-Faktenchecker und von deren unmittelbarem Umfeld mit dem Umsatz der gesamten dpa-Gruppe. Das ist ein unredlicher Vergleich. Die staatlichen Zuwendungen machen mutmaßlich einen sehr großen Anteil des Budgets der Faktenchecker aus. Und die dpa-Faktenchecker, mit ihrer vielfach dokumentierten (siehe Anhang), übergroßen Neigung, allein die regierungsamtliche Sichtweise als die Wahrheit zu akzeptieren, sind in Hinsicht (fehlender) Unabhängigkeit ein besonders fragwürdiger Unternehmensteil.

**Ich gelobe allerdings Besserung** dahingehend, dass ich künftig nicht mehr von der „staatsfinanzierten Nachrichtenagentur dpa“ schreiben werde, sondern präziser von „den staatsfinanzierten Wahrheitsprüfern der dpa“.

**Nicht erwähnt** und aufgelistet werden im Gegenangriff der dpa die Zahlungen von der EU in unbekannter Höhe, vor allem für die *Deutsch-österreichische Digitalmedien-Beobachtungsstelle* [GADMO](#), an der die dpa-Faktenchecker maßgeblich beteiligt sind. Insofern ist das Volumen der öffentlichen Zuwendungen mit 2,3 Mio. Euro zu niedrig angegeben.

**Die sogenannten Faktenchecker** der dpa behaupten ungeniert weiterhin unverändert auf der eigenen [Netzseite](#) unter dem Stichwort „Aufbau und redaktionelle Grundsätze der dpa“:

„dpa erhält keine staatlichen Subventionen oder sonstige finanziellen Zuwendungen. Sämtliche Einnahmen werden auf dem freien Markt erwirtschaftet.“

**Hartnäckige Verbreitung** von Falschaussagen, ausgerechnet durch die selbsternannten Wahrheitskontrolleure! Das hat was.

**Unter der Überschrift** „Ist Faktencheck Zensur?“ erklärt dpa außerdem, dass das, was die eigene Faktencheck-Redaktion macht, nichts mit Zensur zu tun habe. Man gäbe, im Gegenteil, den Menschen die Gelegenheit, sich zu informieren und sich ihre Meinung auf Basis von Tatsachen zu bilden, schreibt die dpa und ergänzt: „und zwar auch dann, wenn sie etablierte Medien nicht mehr gezielt konsumieren, sondern vor allem das lesen, was in ihren Social-Media-Timelines landet.“ Sprich: Menschen die völlig das Vertrauen in die Mainstream-Medien verloren haben, werden von einer Spitzeninstanz der Mainstream-Medien, der marktbeherrschenden Nachrichtenagentur, zwangsweise mit Warnhinweisen versorgt, die das diskreditieren sollen, was sie stattdessen lesen. Denn, wie dpa erklärt:

„Die dpa ist im Faktencheck-Bereich für mehrere soziale Netzwerke aktiv. Zu diesen Kooperationen gehört Monitoring, also das Identifizieren und Prüfen möglicher Falschbehauptungen, ebenso wie das Abgeben von Bewertungen.“

**Die Plattformen bezahlen dpa** aber keineswegs freiwillig für diese Dienstleistung. Sie werden durch Gesetze wie das Digitale-Dienste-Gesetz und durch erzwungene Wohlverhaltenskodizes dazu genötigt. Als Facebook-Chef Mark Zuckerberg im Januar ankündigte, die Verträge mit Wahrheitskontrolleuren in den USA zu kündigen, wurden ihm von Deutschlands oberstem [Zensurbeauftragten](#), dem Chef der Bundesnetzagentur, große Schwierigkeiten [angedroht](#), wenn er dasselbe auch in Europa wagen sollte.

**Als gäbe es** diesen Zusammenhang nicht, heuchelt dpa:

„Was die Plattformen mit den Ergebnissen der Faktenchecks anfangen – ob sie Inhalte labeln, per Algorithmus ausbremsen oder auch löschen, entscheiden sie selbst.“

**Hier gibt die dpa indirekt zu**, dass sie weiter oben durch Auslassung gelogen hat, als sie so tat, als würden ihre Wahrheitsprüfer nur für das „labeln“ von Inhalten sorgen, also das Hinzufügen von Warnhinweisen oder Kontext.

**Die Behauptung ist** noch wegen einer weiteren Auslassung unehrlich und täuschend. dpa ist wichtiger Teil des Netzwerks der von der EU eingerichteten und bezahlten European-Digital-Media-Observatories (EDMO). Dieses ist von der EU-Kommission [beauftragt](#) zu bewerten, wie gut die digitalen Medienplattformen ihren Verpflichtungen zur (zensurischen) Inhalte-„Moderation“ nachkommen. Was liegt da für die Plattformen mehr auf der Hand, als willfährig die von den dpa-Wahrheitsprüfern monierten Beiträge auszubremsen, mit Warnhinweisen zu versehen, oder ganz zu löschen, damit sie keinen schlechten Bericht von EDMO und dann teuren Ärger mit der EU-Kommission bekommen.

**Da wirkt es wie Hohn**, wenn dpa behauptet:

„Faktencheck hat daher nichts mit Zensur zu tun, im Gegenteil: Ein Faktencheck fügt einer Behauptung faktenbasierten Kontext hinzu, um Menschen die freie Meinungsbildung zu ermöglichen und vor Desinformation zu schützen.“

**Die indische Regierung** führt übrigens in einem [Streit](#) mit der Plattform X das gleiche Argument, es sei doch keine Zensur, sondern nur ein freundlicher Hinweis, wenn Regierungsbeamte über einen eigens dafür eingerichteten Kommunikationsweg auf „schädliche“ Beiträge hinweisen, die auf der Plattform (noch) zu finden sind. Den äußerst dehnbaren Begriff „schädlich“, statt z.B. rechtswidrig, hat man sich in Indien offenbar von der EU abgeschaut, die ihn im Digitale-Dienste-Gesetz [verwendet](#). Diese speziellen Meldekanäle für staatliche „Hinweisgeber“ gibt es übrigens nicht nur für Indien und nicht nur bei X.

## **Öffentlich finanzierte Bibliothekare drängen Lesern mit einem Index der gefährlichen Bücher ihre Weltsicht auf**

[15. 12. 2024 | Die deutschen Bibliothekare haben einen „Expert\\*innenzirkel“, der Bücher auflistet, die mit Warnhinweisen versehen werden sollen. Diese sollen dafür sorgen, dass Bibliotheksnutzer keinen Thesen Glauben schenken, die den für die Regierenden und den Zeitgeist akzeptablen Meinungskorridor verlassen. Wie hier ein Berufsverband Steuergeld nutzt, um eigene politische Vorlieben zu befördern, ist mehr als fragwürdig.](#)

**Ein Nutzer der Stadtbibliothek Münster** und Leser dieses Blogs wollte von der Bibliothek wissen, warum in einigen Büchern auf der ersten Seite Aufkleber mit dem folgendem Inhalt angebracht sind:

„Dies ist ein Werk mit umstrittenem Inhalt. Der Inhalt dieses Werks ist unter Umständen nicht mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft vereinbar. Dieses Exemplar wird aufgrund der Zensur-, Meinungs- und Informationsfreiheit zur Verfügung gestellt“

**Man meint sich dafür entschuldigen** zu müssen, dass man die betreffenden Bücher im Programm hat und weist die Nutzer darauf hin, dass sie die Thesen der Autoren besonders kritisch hinterfragen sollen, weil sie sich abseits der Mitte des politischen Spektrums bewegen. Das wird ausgedrückt mit dem Hinweis, dass das Buch „unter Umständen“ mit nicht näher bezeichneten „Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft“ unvereinbar sei.

**In der schriftlichen Antwort** heißt es, Bibliotheken fühlten sich zwar „auch der Meinungsfreiheit verpflichtet“, gefolgt von einem großen Aber:

„Allerdings haben auch öffentliche Bibliotheken einen Bildungsauftrag einzuhalten, der sich darauf bezieht inhaltlich Stellung zu nehmen, wenn Quellen in Büchern nicht nachweislich korrekt recherchiert sind, (...) bzw. wenn Bücher gefälschte Fakten und Thesen verbreiten (vorrangig im medizinischen Bereich bei umstrittenen Behandlungsmethoden).“

**Die Bibliothekare vertreten** also die bei den Zensoren aller Art beliebte unwissenschaftliche Auffassung, dass es bei medizinischen Behandlungsmethoden und anderen wissenschaftlichen Streitfragen eine objektiv feststellbare Wahrheit gäbe; eine, die selbst ein Bibliothekar ohne einschlägige wissenschaftliche Ausbildung als solche erkennen kann. Wenn man sich vor Augen führt, was in früheren Zeiten alles Konsens in der Medizin und allgemein in der Wissenschaft war, so kann einem vor einer solchen anti-wissenschaftlichen Einstellung nur grausen. Dass es „mit den Grundsätzen demokratischer Gesellschaften unvereinbar“ sein kann, in medizinischen oder anderen wissenschaftlichen Fragen vom (veröffentlichten) Konsens abzuweichen, ist eine sehr eigenwillige Interpretation dessen, was demokratische Gesellschaften ausmacht.

**Das ist umso bedenklicher**, als die wichtigsten digitalen Informationsmedien, [Google](#) und [Wikipedia](#), ebenso wie die wichtigsten sozialen Medienplattformen, schon länger diesen abschüssigen Weg gehen und von der Obrigkeit gutgeheißene Meinungen und Information gegenüber abweichenden massiv bevorzugen, sodass man letztere mit Google oft kaum noch findet, bei Wikipedia nur noch in einseitig diskreditierender Einkleidung.

**Konkret fragte der Leser** auch, warum der Aufkleber in dem Buch „Putin Herr des Geschehens?“ von Jaques Baud angebracht worden sei. In der Tat fragt man sich, warum diese Analyse des Russland-Ukraine-Konflikts mit Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar sein soll. In der Beschreibung der deutschen Übersetzung des Buches vom Verlag *Westend* heißt es:

„Auf der Grundlage von Dokumenten, die hauptsächlich von den USA, der Ukraine, der russischen Opposition und internationalen Organisationen stammen, stellt dieses Buch einen sachlichen Blick auf die Realität dar und öffnet die Tür für eine vernünftigeren und ausgewogeneren Einschätzung des Kriegs in der Ukraine.“

**Die Bibliothek antwortete**, dass sich mehrere Mitarbeiter mit solchen Klassifizierungen von Büchern beschäftigten und über das Anbringen von Warnhinweise entscheiden. Im Falle Baud sei man „der Empfehlung des bibliothekarischen Besprechungsdienstes“ gefolgt. Es gibt also einen zentralen Dienst, der Bibliothekaren empfiehlt, die Leser vor einem unkritischen Lesen bestimmter Bücher zu warnen. Aus dieser Empfehlung wird dann zitiert:

„J. Baud analysiert Medien aus verschiedenen Ländern in Bezug auf ihre Berichte über den Krieg in der Ukraine. Er prüft Zitate, vergleicht Quellen und führt Belege an, die auf unseriösen Journalismus hindeuten. Sein sachlicher Blick unterscheidet sich von vielen anderen Publikationen.“ (*Quelle EKZ Medienwelten, Stand 09.12.2024*),

**Weil also der „sachliche Blick“** von Jacques Baud sich von vielen anderen Publikationen unterscheidet, sieht man sich berufen und berechtigt, Autor und Buch mit einem Warnhinweis öffentlich der Demokratiefeindlichkeit zu verdächtigen. Das ist – mit Verlaub – totalitär und nicht mehr weit entfernt von der Bücherverbotsliste [Index Librorum Prohibitorum](#) der Katholischen Kirche oder den DDR-Giftschrank für Bücher vom Klassenfeind.

**Die Instanz, die sich berufen fühlt** und anmaßt, darüber zu entscheiden, was wissenschaftliche Wahrheit und korrekte politische Haltung ist, heißt *Berufsverband Information Bibliothek* (BIB) und sitzt in Hamburg. Offenbar sieht es dieser Berufsverband der Bibliothekare als Teil seines [satzungsgemäßen](#) Dienstes „an der Entwicklung des Bibliotheks- und Informationswesens“, einen Index von Büchern mit unerwünschten Thesen zu erstellen. Vielleicht haben ja Mitglieder eine Meinung hierzu. Vielleicht entwickeln auch manche Kommunen eine Meinung dazu, wenn sie davon erfahren, dass Bibliothekare das Geld der Steuerzahler, mit dem deren Arbeit finanziert wird, dazu nutzen, den Lesern ihre (nicht-rechte) politische und weltanschauliche Meinung aufzudrängen. Auf der [Netzseite](#) des einschlägigen BIB-Projekts *Medien an den Rändern* ist eine Mailadresse angegeben, unter der man dem BIB Anregungen geben kann.

**Was für Leute der Gruppe angehören**, die den Bibliothekaren bundesweit Empfehlungen gibt, vor welchen Büchern das interessierte Publikum zu warnen ist, lässt aufhorchen. Der BIB hat einen *Expert\*innenzirkel, Medien an den Rändern*, der sich potentiell inopportune Bücher anschaut und bei Bedarf Empfehlungen abgibt. Eines der sechs Mitglieder [stellt sich](#) folgendermaßen vor:

„CHRISTIAN MESKÓ ist bibliotheks-, informations-, politikwissenschaftlich und unter anderem auch historisch und literarisch daran interessiert, die oft als alternativlos dargestellten Fassadenpersönlichkeiten spätkapitalistischer Gesellschaften im selbstironischen rezitierwettbewerb von coolness, sex, gewalt und narzisstischer Machtdemonstration schön in ihre Einzelteile zu zerlegen.“

**Ein anderes Mitglied ist Professor Tom Becker**, der an der FH Köln Bibliothekare ausbildet und so praktischerweise beim Nachwuchs gleich das Verständnis für deren künftige Aufgabe wecken kann, die in ihrer Urteilsfähigkeit eingeschränkten Leser vor den Verlockungen weltanschaulich fragwürdiger Thesen zu schützen. Die Inquisitoren beschreiben die Ziele ihres [Projekts](#) so:

*„Medien an den Rändern thematisiert nicht nur (politische) Literatur am rechten Rand, sondern greift generell Medien auf, die umstritten hinsichtlich ihrer Erwerbung sein können, vom Bilderbuch über das medizinische Sachbuch, von Musik-CDs bis zu religiös-esoterischen Publikationen. Die Mitwirkenden hoffen, den Kolleg:innen die vielfach gewünschte Orientierung in der kontroversen Auseinandersetzung mit ‚Medien an den Rändern‘ geben zu können und zu einer fundierten Urteilsbildung bei umstrittenen Werken beizutragen.“*

**Auch wenn mein Herz links** schlägt, bin ich überzeugt, dass es mit demokratischen Prinzipien unvereinbar ist, wenn ein Verband steuerfinanzierter Bibliothekare sich aufschwingt, einseitig politische Literatur „am rechten Rand“ auf „weltanschauliche Vertretbarkeit“, also Vereinbarkeit mit ihrer Weltanschauung, zu prüfen und den Bibliotheksnutzern ein abwertendes Urteil aufzudrängen. Auf der Netzseite findet sich passend dazu eine [„Fachdebatte zum Umgang mit rechten Werken“](#) aber nirgends etwas zum Umgang mit linken Werken. Die [Weiterführende Literatur](#), die angeführt wird, nennt 14 mal im Titel „Rechtspopulistisch“, „rechts“, „rechte Verlage“ und andere Begriffe mit der politischen Positionsbestimmung „rechts“. „Links“ kommt als solche nicht vor. Dabei hat die Welt durchaus auch sehr schlimme Erfahrungen mit menschenfeindlichem linkem Totalitarismus gemacht. Erinnerung sei an Stalin, Pol Pot und Mao.

Auf der [Netzseite](#) des Projekts wird beispielhaft für die Dienste des Expert\*innenzirkels an den ratsuchenden Bibliothekaren – ja sogar als erstes, prominentestes Beispiel – eine [Besprechung](#) von „Corona Fehlalarm?“ der Professorin für Biochemie Karina Reiss und des Professors für medizinische Mikrobiologie Sucharit Bhakdi hervorgehoben. Das Buch stand lange Zeit an der Spitze der Sachbuch-Bestsellerliste.

**Die Rezensenten sind zwei Studenten** von Professor Tom Becker an der Fachhochschule Köln. Dass dieser meint, eine Rezension dieser Qualität und dieses Inhalts als Empfehlung an alle deutschen Bibliothekare veröffentlichen und gar als beispielhaft hervorheben zu können, sagt sehr viel über das Projekt aus: nämlich, dass es nur um die richtige Haltung geht und Meinungsfreiheit dagegen zweitrangig ist. Die abschließende Empfehlung der beiden Studenten lautet:

„Aus den genannten Gründen und den aufgeführten Meinungen anderer Autor:innen lässt sich das Buch in die Kategorie „Medien an den Rändern“ einordnen, eine Anschaffung in einer Bibliothek sollte gründlich geprüft werden. Empfehlenswert ist, hier eine enge Kontextualisierung vorzunehmen. Hierbei könnte man Hinweise im Buch hinterlegen, die z.B. aus einem QR-Code oder zuverlässigen Quellen bestehen, die auf fachlich fundierte Rezensionen oder Stellungnahmen von medizinischen Institutionen verweisen.“

Das wird damit begründet, dass:

- der Regierung ein „Großteil der Schuld an der Pandemie“ angelastet werde und behauptet werde, es handle sich um eine „Medien-Epidemie, was die Fachschaft Medizin der Universität zu Kiel in einer Stellungnahme kritisiert habe,
- die Effektivität der Maskenpflicht in Frage gestellt werde, worauf ein Hygieniker in einem Artikel auf *t-online* sehr kritisch reagiert habe,
- ein angesehener und bekannter Charité-Forscher im Buch zum schlichten ‚Herrn Drossten‘ degradiert werde,
- „verschiedene und wahrscheinlich auch berechtigte Aspekte der Pandemie zumeist nur aus einer Perspektive“ behandelt würden und das zu Kritik an der Regierung und verschiedenen Wissenschaftler:innen führe, was die Fachschaft Biochemie der Universität zu Kiel kritisiert habe,
- die Anzahl der aufgeführten Quellen so groß sei, dass sie vom Leser – sprich den Rezensenten – nicht ordentlich gesichtet und auf ihre Qualität hin überprüft werden könnten,
- dass „die breite Bevölkerung ihr Vertrauen in die Autor:innen als promovierte Wissenschaftler:innen“ setzen könnte, es sich aber „eher um eine kritische Abhandlung“ handle,
- „der Titel neugierig machen und ein breites Publikum anlocken soll“.

**Es liegt mir fern**, die beiden studentischen Rezensenten kritisieren oder bloßstellen zu wollen. Sie haben sicherlich so gearbeitet, wie ihr Professor es ihnen beigebracht hat. Sonst würde Professor Tom Becker ihr Werk nicht als beispielhaft auf der Netzseite des BIB-Projekts *Medien an den Rändern* veröffentlichen. Meine Kritik richtet sich vielmehr an Professor Becker und seine selbstherrlichen Kollegen im Expert\*innenzirkel und einen Verband, der diesen Zirkel eingerichtet hat und gewähren lässt.

**Mein Vorschlag:** diskutieren Sie das mit dem BIB, vor allem, wenn Sie dort Mitglied sind, den Verantwortlichen ihrer örtlichen Stadtbibliothek, soweit ähnliches dort stattfindet, sowie mit den in den Kommunen für die Stadtbibliothek verantwortlichen Gremien und Politikern. Sollte mir jemand eine Liste von vom BIB zur Warnung oder Nichtanschaffung empfohlenen Bücher zugänglich machen können, würde ich diese gern veröffentlichen.

*Änderungshinweis: An einer Stelle hatte ich Tom Becker versehentlich Tom Krebs genannt. Ich bitte das Versehen zu entschuldigen.*

# Aus für Faktenchecker? Deutscher Oberzensor weist Zuckerberg auf seine Zensurverpflichtung hin

[8. 01. 2025 | Nachdem Meta-Chef Mark Zuckerberg das Ende der Faktenchecker-Zensur auf Facebook und Instagram verkündet hat, „beginnend in den USA“, hat ihn der Chef der Bundesnetzagentur auf seine Verpflichtungen nach dem Digitale-Dienste-Gesetz der EU hingewiesen. Dabei hat er dessen perfide Funktionsweise offengelegt.](#)

**Der grüne Habeck-Spezi** Klaus Müller ist an der Spitze der Bundesnetzagentur so etwas wie der Oberzensor in Deutschland. Er zertifiziert und beaufsichtigt die *Vertrauenswürdigen Hinweisgeber* (Trusted Flagger) nach dem Digitale-Dienste-Gesetz zur Umsetzung des *Digital Services Act* der EU (DSA). „Aus gegebenem Anlass“ wies Müller auf *X.com* Zuckerberg darauf hin, dass:

„Nach dem DSA ist die Zusammenarbeit von sehr großen Onlineplattformen (VLOP) mit Faktencheck-Organisationen zwar nicht zwingend vorgeschrieben, allerdings sinkt ihr Sanktionsrisiko, wenn sie es in der EU tun. @Meta (...) Nach den EU-Election-Guidelines gilt dies bei Wahlen als risikominimierende Maßnahme nach § 35 DSA bzgl. systemischer Risiken. Arbeitet ein VLOP nicht mit Faktencheckern zusammen, muss er nachweisen, dass er andere, gleich wirksame Risikominimierungsmaßnahmen ergreift.“

**Damit macht er deutlich**, wie das DSA funktioniert. Wenn sie alles löschen, von dem die Betreiber annehmen können, dass es EU und EU-Regierungen nicht gefällt, dann sind sie auf der sicheren Seite. Insbesondere, was die von diesen protegierten und meist auch finanzierten Faktenchecker als schädlich kennzeichnen. Andernfalls drohen extrem hohe Strafen für das Zulassen sehr ungenau definierter „schädlicher“ Inhalte, die nicht einmal rechtswidrig sein müssen.

**Wenn man sich** aus der *Tagesschau* ([Video](#) auf *X.com*) und ähnlichen Quellen informiert, versteht man nicht ansatzweise, warum Zuckerberg nicht mehr mit den Faktencheckern zusammenarbeiten will. Seine Kritik, dass die Faktenchecker viel zu einseitig politisiert agierten und durch ihre Arbeit die Meinungsfreiheit bedroht werde, verschwieg die *Tagesschau* gänzlich, obwohl der Beitrag lang genug war. Auch, dass statt Faktencheckern ein System von „Community Notes“ (Gemeinschaftsanmerkungen) nach dem Vorbild der Plattform *X.com* zum Einsatz kommen soll, verschwieg der öffentlich-rechtliche Rundfunk.

**Und in ZDF-heute** und den *Tagesthemen* durfte der „Journalist mit Schwerpunkt Digital- und Netzpolitik Markus Bechedahl“ Zuckerbergs Abkehr von der Zensur einordnen und kritisieren. Das Publikum erfuhr nicht, dass es sich bei dem Experten um den einstigen Gründer der *Grünen Jugend NRW* handelt.

**Die New York Times** blamierte sich sogar mit einem [Artikel](#) mit dem Titel (übersetzt):

„Meta sagt, die Faktenprüfer seien das Problem. Faktenchecker halten das für falsch.“

**Darin heißt es**, die Faktencheck-Gruppen, die mit Meta zusammengearbeitet haben, sagten, sie hätten keinen Einfluss auf die Entscheidung, was das Unternehmen mit den geprüften Inhalten macht. So als ob nicht jeder wüsste, dass die mit „falsch“, „teilweise falsch“ oder „fehlender Kontext“ abgewerteten Äußerungen gelöscht, ausgebremst oder mit Warnhinweisen versehen wurden, weil die europäische Zensurfördergesetze andernfalls hohe Strafen und die US-Regierung Liebesentzug androhen.

**Zuckerberg brauchte den Hinweis** von Müller nicht. Er ist sich bewusst über den Zensurdruck, der von den europäischen Gesetzgebern ausgeübt wird. Er setzt allerdings ausdrücklich darauf, dass ihm ein Präsident Trump dabei helfen wird, diesem Druck zu widerstehen und etwaige Strafen abzuwehren.

**Ein Video mit dem vollständigen Text** von Zuckerbergs Erläuterungen zur Kehrtwende in Sachen Zensur findet man unter anderem [auf X.com](#). Besonders lustig finde ich die Ankündigung, dass das Content-Moderation-Team aus (dem woken) Kalifornien nach Texas verlegt wird.